

Amtsblatt

Kreisstadt



Steinfurt

Ausgegeben am: **01.08.2024**

Nr.: **15/2024**

I N H A L T :

Lfd. Nr.	Titel	Seite
52/2024	Ankündigung von Baugrunduntersuchungen für die Trassenplanung	2
53/2024	Allgemeinverfügung über das Verbot von Cannabis auf der Kirmes in Borghorst vom 03.-05.08.2024.....	5
54/2024	Bebauungsplan Nr. 16a "Mauritiusstraße-West" - 1. Änderung und Ergänzung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst 1. Änderung und Ergänzung gemäß § 13a i.V.m. § 13 (2) Baugesetzbuch (BauGB) 2. Änderung des Geltungsbereiches 3. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 BauGB in der Zeit vom 09.08.2024 bis 10.09.2024.....	9

Bekanntmachung

Ankündigung von Baugrunduntersuchungen für die Trassenplanung

ANKÜNDIGUNG VON BAUGRUND- UNTERSUCHUNGEN FÜR DIE TRASSENPLANUNG



Ortsübliche Bekanntmachung im Bereich der Stadt Steinfurt Erdkabelverbindung Korridor B

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Amprion hat als zuständiger Übertragungsnetzbetreiber den gesetzlichen Auftrag, das Übertragungsnetz im Zuge der Energiewende um- und auszubauen.

In den kommenden Jahrzehnten wird die Stromerzeugung durch erneuerbare Energien in Norddeutschland deutlich zunehmen. Der dort erzeugte Strom muss in großen Mengen dorthin gelangen, wo er benötigt wird: in die Verbrauchszentren im Westen Deutschlands. Dazu dient die Erdkabelverbindung Korridor B. Sie leistet einen zentralen Beitrag, um Deutschlands größten Ballungsraum, das Ruhrgebiet, klimafreundlich mit Strom zu versorgen. Korridor B ist eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen für die Energiewende. Sie besteht aus den Leitungsbauvorhaben Nr. 48 (Heide/West – Polsum) und Nr. 49 (Wilhelmshaven – Hamm) des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG). Die neue Stromverbindung verläuft durch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-Westfalen.

Für die Erstellung der Ausführungsplanung sind im geplanten Trassenverlauf des Erdkabelprojektes Baugrunduntersuchungen durchzuführen, um detaillierte Kenntnisse über die Bodenverhältnisse zu erlangen.

Die angekündigten Vorarbeiten dienen zur Erhebung essenzieller Daten, die für die weitere Planung des Vorhabens erforderlich sind. In diesem Zusammenhang sind die geotechnischen Untersuchungen an den ausgewählten Stellen nicht als konkrete Bauvorbereitung/-ausführung zu verstehen, sondern dienen der Aufklärung der generellen natürlichen Gegebenheiten (Topografie, Gewässer, Boden, Grundwasser etc.), die für die Vorbereitung und Detaillierung der Planung notwendig sind.

Mit dieser ortsüblichen Bekanntmachung werden den von den Untersuchungen betroffenen Eigentümern und Nutzungsberechtigten die Vorarbeiten nach § 44 Abs. 2 EnWG bekanntgemacht.

Die Vorarbeiten erstrecken sich für das Gesamtprojekt über einen Zeitraum von 2 Jahren. In der oben genannten Kommune werden die Vorarbeiten im Zeitraum von

durchgeführt werden, sind der beigefügten Flurstücksliste zu entnehmen.

Durchzuführende Maßnahmen:

Auspflockung: Alle Untersuchungspunkte werden i. d. R. mittels farblich gekennzeichneten Holzpflocke markiert („ausgepflockt“). Diese werden im Anschluss an die Untersuchungen wieder vollständig entfernt.

Vermessungsarbeiten: Im Bereich der geplanten Trasse sind Vermessungsarbeiten erforderlich. Im Zuge der Vorarbeiten ist die tatsächlich vorhandene Topographie vor Ort aufzunehmen. Die Arbeiten werden i.d.R. fußläufig mit üblichen tragbaren Vermessungsgeräten durchgeführt. In Einzelfällen können auch mit Vermessungstechnik ausgestattete Drohnen die Topographie aus der Luft erfassen. In der Regel sind die Arbeiten – abhängig von den Witterungsbedingungen – innerhalb von einem Tag abgeschlossen.

Bodenkartierungen/Pürckhauersondierungen: Die Erkundung der oberflächennahen Bodenschichten erfolgt händisch mit einem Bohrstock. Dieser wird manuell in Tiefen von etwa bis zu zwei Metern in den Untergrund geschlagen. Nach Herausnahme des Bohrstocks kann die Ansprache und Beprobung des gewonnenen Materials durchgeführt werden. Unmittelbar nach Durchführung der Untersuchung steht die Fläche wieder uneingeschränkt zur Verfügung. In der Regel sind die Arbeiten – abhängig von den Witterungsbedingungen – innerhalb von einem Tag abgeschlossen.

Rammsondierungen/ Kleinrammbohrung: Rammsondierungen und Kleinrammbohrungen sind einfache Methoden zur Erkundung des Untergrundes. Bei der Sondierung wird zur Feststellung der Lagerungsdichte des Untergrundes eine bis zu zehn Zentimeter breite Sonde bis in Tiefen von etwa zehn Metern in den Untergrund gebracht. Ggf. ist es erforderlich an den Untersuchungspunkten eine ebene Fläche (sog. Bohrplateau) unter Zuhilfenahme eines Baggers herzustellen. Bei der Bohrung werden Bodenproben mittels einer rund 4 - 8 Zentimeter breiten Sonde in Tiefen von etwa zehn Metern entnommen, durch die u.a. der Bodenaufbau bestimmt werden kann. Als Geräte kommen Handgeräte oder kleine Raupenfahrzeuge zum Einsatz. Diese benötigen eine Aufstellfläche von rund drei mal drei Metern. Nach Abschluss wird das Bohrloch wieder verschlossen. Unmittelbar nach Durchführung der Arbeiten steht die Fläche wieder uneingeschränkt zur Verfügung. In der Regel sind die Arbeiten – abhängig von den Witterungsbedingungen – innerhalb von einem Tag abgeschlossen.

Rammkernbohrung: Die Rammkernbohrung ist eine Methode zur Erkundung des Untergrundes und zur Entnahme von Bodenproben.

SEPTEMBER 2024 BIS NOVEMBER 2024

durchgeführt.

Eigentümer und Nutzungsberechtigte von Flurstücken auf denen die Vorarbeiten bis Ende August 2024 durchgeführt werden konnten, können diese Bekanntmachung als gegenstandslos betrachten. Die Flurstücke, auf denen die im folgenden beschriebenen Arbeiten

Hierbei wird ein rund 30 Zentimeter breites Kernrohr durch Rammschläge in Tiefen von etwa bis zu 35 Metern in den Untergrund getrieben. Als Geräte kommen in der Regel Raupenfahrzeuge zum Einsatz. Diese benötigen eine Aufstellfläche von rund acht mal vier Metern. Ggf. ist es erforderlich an den Untersuchungspunkten eine ebene Fläche (sog. Bohrplateau) unter Zuhilfenahme eines Baggers herzustellen. Nach Abschluss der Arbeiten wird das Bohrloch fachgerecht wieder verfüllt. Unmittelbar nach Durchführung der Rammkernbohrung steht die Fläche wieder uneingeschränkt zur Verfügung. In der Regel sind die Arbeiten – abhängig von den Witterungsbedingungen – innerhalb von wenigen Tagen abgeschlossen.

Drucksondierung: Die Drucksondierung ist eine Methode zur Erkundung des Untergrundes, insb. der Lagerungsdichte. Hierbei wird ein Messgerät mit einem Durchmesser von rund weniger als zehn Zentimetern in Tiefen von etwa bis zu 35 Metern in den Untergrund gepresst. Zum Einsatz kommen in der Regel Raupenfahrzeuge. Diese benötigen eine Aufstellfläche von rund acht mal vier Metern. Ggf. ist es erforderlich an den Untersuchungspunkten eine ebene Fläche (sog. Bohrplateau) unter Zuhilfenahme eines Baggers herzustellen. Unmittelbar nach Durchführung der Drucksondierung steht die Fläche wieder uneingeschränkt zur Verfügung. In der Regel sind die Arbeiten – abhängig von den Witterungsbedingungen – innerhalb von einem Tag abgeschlossen.

Grundwassermessstelle: Zur Erkundung des Grundwassers werden Grundwasserproben entnommen. Hierzu wird in der Regel ein rund bis zu 35 Zentimeter breites Rohr in Tiefen von etwa bis zu 20 Metern in den Untergrund getrieben. Zum Einsatz hierzu kommen in der Regel Raupenfahrzeuge. Diese benötigen eine Aufstellfläche von rund acht mal vier Metern. Die Grundwassermessstelle verbleibt in einigen Fällen für mehrere Jahre im Untergrund. Dabei wird sie so platziert, dass sie möglichst kein Bewirtschaftungshindernis darstellt. Das Rohr wird durch Metallgestänge (Anfahrerschutz) geschützt und markiert. Nach Erstellung der Messstelle steht das umliegende Gelände wieder uneingeschränkt zur Verfügung. Die Eigentümer und Bewirtschafter werden im Falle eines längeren Verbleibs der Grundwassermessstelle noch einmal persönlich informiert. In der Regel sind die Arbeiten – abhängig von den Witterungsbedingungen – innerhalb von wenigen Tagen abgeschlossen.

Geophysikalische Messungen/Erdwiderstandsmessungen: Die Geophysikmessungen erfolgen fußläufig durch ein Kleinteam aus 1-3 Personen, welches auf den Flurstücken eine Messtrecke mit oberflächennahen Erdsonden versieht. Die Erdwiderstandsmessung erfolgt üblicherweise mit speziellen Messgeräten, die die erforderlichen Parameter messen und daraus den Erdwiderstand berechnen können. Die Messarbeiten erfolgen in einem Zeitraum von wenigen Stunden. Es handelt sich dabei um nichtinvasive Untersuchung des Erdreichs, bei der voraussichtlich keine Flurschäden entstehen

Kampfmittelerkundung: Vor Durchführung der zuvor genannten Maßnahmen werden im Bereich von festgestellten Kampfmittelverdachtsflächen die Untersuchungspunkte für die Sondierungen und Grundwassermessstellen auf Kampfmittel erkundet. Dies erfolgt über Oberflächen- und Tiefensondierungen. So wird sichergestellt, dass Kampfmittel keine Gefahr für die Erkundungsarbeiten darstellen. Die Kampfmittelerkundung erfolgt in

den überwiegenden Fällen mittels Handgeräten von der Oberfläche aus. Sind auch Tiefensondierungen notwendig, werden diese mittels Schneckenbohrung bis ca. sieben Meter unter Geländeoberkante vorbereitet und anschließend mittels Messsonde erkundet. Hierfür wird ein Kettengestütztes Bohrgerät verwendet. Im Falle von auffälligen Messungen im Untergrund werden die erforderlichen Bergungsarbeiten im Anschluss durchgeführt. Hierzu kann ggf. der Einsatz von Fahrzeugen erforderlich sein. Diese Arbeiten finden einige Tage vor den eigentlichen Erkundungsmaßnahmen statt. In der Regel sind die Arbeiten – abhängig von den Witterungsbedingungen und Standortgegebenheiten – innerhalb von einen bis fünf Tagen abgeschlossen.

Archäologische Untersuchungen

Oberflächensondierung: Mittels handgeführter Sonden werden die relevanten Flächen auf archäologisch bedeutsame Fundstücke überprüft. Die Untersuchung erfolgt überwiegend von der Oberfläche aus. Ggf. werden hierzu Bodenschichten abgetragen oder Bodenproben entnommen. Im Falle eines Fundes werden die erforderlichen Bergungsarbeiten im Anschluss durchgeführt. Hierzu kann ggf. der Einsatz von Fahrzeugen erforderlich sein.

Flächige Untersuchung mit Großgeräten inkl. Bodenabtrag: In ausgewählten Bereichen wird der humose Oberboden mittels eines Kettenbaggers abgetragen und zwischengelagert. Die darunterliegende Bodenschicht wird bis auf das archäologische Niveau abgetragen. Dieses Bodenmaterial wird auf dem oberen mineralischen Horizont gelagert. Liegen die archäologischen Schichten deutlich tiefer, werden lediglich einzelne kleinflächige Untersuchungsfelder angelegt. Das Untersuchungsfeld wird anhand der ursprünglichen Anordnung der Bodenschichten wieder verfüllt. Im Falle eines Fundes werden die erforderlichen Bergungsarbeiten im Anschluss durchgeführt. Auch hierbei kann ggf. der Einsatz von Fahrzeugen erforderlich sein.

Suchlöcher: Auf ausgewählten Flächen werden in einem Raster entsprechende Reihen, sog. Suchlöcher, angelegt. Hierbei wird händisch zunächst der mineralische Boden abgetragen und entsprechend der gängigen Standards seitlich gelagert. Anschließend wird das Erdmaterial ausgehoben und gesiebt, um Kleinfunde zu ermitteln.

Allgemeine Informationen

Alle Arbeiten werden unter Berücksichtigung der aktuell gültigen Bodenschutzbestimmungen vorgenommen. Gleichzeitig werden diese von einem Bodenkundler begleitet.

Für die Durchführung der vorgenannten Untersuchungen kann es punktuell erforderlich sein, Rückschnitte von Bewuchs vorzunehmen. Rückschnittarbeiten werden von uns stets nur in dem unbedingt erforderlichen Umfang durchgeführt.

Zum Erreichen der Untersuchungspunkte (in der Regel durch Erkundungstrupps und Raupenfahrzeuge) werden Zuwegungen zu diesen notwendig. Es werden hierzu überwiegend öffentliche Straßen befahren und nur auf möglichst kurzen Strecken land- und forstwirtschaftliche oder ggf. auch private Wege genutzt, die ggf.

temporär ertüchtigt werden müssen. Die Anfahrt erfolgt entsprechend der Bodenbeschaffenheit. Gegebenenfalls wird die Zuwegung zu den Untersuchungspunkten abseits befestigter Wege mit einer temporären Baustraße (z.B. Auslegung von Stahlplatten) hergestellt.

Mit den Arbeiten haben wir verschiedene Dienstleister beauftragt. Sie wurden von uns angewiesen, das Recht zum Betreten von Grundstücken äußerst schonend auszuüben. Im Zuge der Arbeiten verursachte Flur- und Aufwuchsschäden werden von unseren Dienstleistern in Abstimmung mit den Eigentümern/Bewirtschaftern aufgenommen. Wir werden diese sodann entsprechend der gesetzlichen Vorgaben in § 44 Abs. 3 EnWG entschädigen. Mindestens 14 Tage vor Durchführung der Maßnahmen werden Eigentümern und ggf. Nutzungsberechtigte über den genauen Termin der Baugrunduntersuchung auf den betroffenen Flurstücken durch die beauftragte Bohrfirma noch einmal individuell informiert.

Eine Inanspruchnahme der Flurstücke erfolgt nur im Rahmen der oben beschriebenen Vorarbeiten und auf Grundlage des § 44 EnWG. Gemäß Absatz 1 müssen Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte diese Arbeiten dulden, da sie zur Vorbereitung der Planung dienen und hiermit ordnungsgemäß angekündigt werden.

Bei allen Vorarbeiten im Bereich der zukünftigen Trasse setzen wir höchste Standards für den Schutz von Mensch und Umwelt. Die Belange von Umwelt, Natur und Landschaft nehmen wir dabei sehr ernst und halten uns streng an die gesetzlichen Vorgaben. Wir versuchen zudem die temporäre Störung der Wohn- und Erholungsfunktionen während der Erkundungsphase durch vorausschauende Planung, Absprachen mit Behörden und Betroffenen sowie den Einsatz schonender Technologien so gering wie möglich zu halten.

Die genannten Vorarbeiten stellen keinerlei Vorentscheidung für das geplante Vorhaben dar. Sie dienen lediglich der fachgerechten Erstellung der Antragsunterlagen. Wir werden das Vorhaben darüber hinaus frühzeitig und umfassend kommunikativ begleiten.

Wir bedanken uns vorab bei allen betroffenen Eigentümern und sonstigen Nutzungsberechtigten für Ihr Verständnis.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

EQOS Energie

Telefon: 0173 7292417

E-MAIL: amprion-korridorb-sued@eqos-energie.com

LISTE DER FLURSTÜCKE IM BEREICH DER STADT STEINFURT

Flurstücke betroffen von den Untersuchungen und/oder Rückschnitten

Gemarkung: Borghorst

Flur 31 _____

Flurstücke: 4, 11, 17, 24, 47, 52, 55, 57, 223

Flur 32 _____

Flurstücke: 107, 109, 112, 115, 119, 128, 130, 198, 203, 208

Flur 33 _____

Flurstücke: 54, 55, 67, 99, 100, 131

Flur 34 _____

Flurstücke: 25, 38, 47, 50, 51, 70, 71, 112, 116, 121

Flur 35 _____

Flurstücke: 63, 88

Flurstücke betroffen als Zuwegungen

Gemarkung: Borghorst

Flur 31 _____

Flurstücke: 25, 53, 135, 151, 221, 237, 242, 243, 244

Flur 32 _____

Flurstücke: 104, 134, 140, 165

Flur 33 _____

Flurstücke: 161, 176, 225

Flur 34 _____

Flurstücke: 2, 46, 52, 53, 67, 72, 98

Flur 35 _____

Flurstücke: 23, 28

Flur 42 _____

Flurstücke: 22

Flur 44 _____

Flurstücke: 27, 28

Bekanntmachung

Allgemeinverfügung über das Verbot von Cannabis auf der Kirmes in Borghorst vom 03.-05.08.2024

Gemäß § 14 Abs. 1 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden-Ordnungsbehördengesetz (OBG) - in Verbindung mit § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) erlässt die Bürgermeisterin der Kreisstadt Steinfurt für den Zeitraum der Kirmes in Borghorst folgende

Allgemeinverfügung

- I. Während der Borghorster Kirmes am 03.08.2024 in der Zeit von 14:00 Uhr bis 23:00 Uhr, am 04.08.24 in der Zeit von 12:00 Uhr bis 22:00 Uhr und am 05.08.2024 in der Zeit von 14:00 Uhr bis 21.00 Uhr ist es in der Innenstadt von Steinfurt-Borghorst in der Münsterstraße ab Abzweigung Woortstraße, im Bereich der Woortstraße, im Bereich Geiststraße und im weiteren Verlauf der Münsterstraße Richtung Meerstraße, auf dem Platz „Auf dem Schilde“ sowie im Bereich Lechtestraße und am Kroosgang sowie auf dem Parkplatz „Neuer Markt“ verboten, Cannabis i. S. d. § 1 Nr. 8 Konsumcannabisgesetz (KCanG) zu konsumieren.

Die von diesem Verbot betroffene Fläche ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieser Allgemeinverfügung ist, kenntlich gemacht.

- II. Die sofortige Vollziehbarkeit der Ziffer I. wird hiermit gemäß § 80 Abs. 2 VwGO angeordnet.
- III. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die Anordnung aus Ziffer I. wird ein Zwangsgeld in Höhe von 100,00 € angedroht.
- IV. Diese Allgemeinverfügung gilt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Kreisstadt Steinfurt als öffentlich bekannt gemacht.

Begründung:

Zu I.:

1. Allgemeines

Anlässlich der Kirmes in Borghorst 2024, in der Zeit vom 03.08. bis 05.08.2024, werden viele Besucherinnen und Besucher in der Borghorster Innenstadt erwartet. Das Publikum wird zu einem Großteil aus Familien mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen bestehen. Auf Grund der Legalisierung des Konsums von Cannabis, ist auch mit einem Konsum von Cannabis während der o. g. Veranstaltung zu rechnen.

Die Veranstaltung findet in der Innenstadt auf dem Neuen Markt und Auf dem Schilde statt. Dieser Bereich ist nicht als Fußgängerzone gekennzeichnet, weshalb der Konsum von Cannabis hier grundsätzlich erlaubt ist. Ein Ausnahmetatbestand des § 5 Abs. 2 Nr. 5 KCanG, welcher den Konsum von Cannabis in Fußgängerzonen zwischen 07:00 Uhr und 20:00 Uhr verbietet, liegt nicht vor.

Aufgrund des Veranstaltungscharakters, werden viele Familien mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen erwartet. Gemäß § 5 Abs. 1 KCanG ist der Konsum von Cannabis in unmittelbarer Gegenwart von Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, verboten. Unmittelbare Gegenwart ist hier als gleichzeitige, vorsätzliche enge körperliche

Nähe der konsumierenden Person und einem oder mehreren Kindern oder Jugendlichen am gleichen Ort oder in unmittelbarer räumlicher Nähe zu verstehen. In Anbetracht der allgemeinen Zugänglichkeit des Veranstaltungsgeländes sowie der Annahme, dass im laufenden Publikumsverkehr eine räumliche Nähe der anwesenden Personen regelmäßig anzunehmen ist, ist der Konsum von Cannabis hier zu untersagen.

Mit Blick auf den Jugendschutz und den ausbleibenden Möglichkeiten diesen zu gewährleisten, soll ein öffentliches Konsumverbot auf der Kirmes mittels Allgemeinverfügung erwirkt werden.

2. Verbot des Konsums und Verhältnismäßigkeit

Rechtsgrundlage für die getroffenen Anordnungen ist § 14 Absatz 1 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden - Ordnungsbehördengesetz (OBG) in der zurzeit geltenden Fassung. Danach können die Ordnungsbehörden die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren. Das öffentliche Konsumverbot von Cannabis während der Kirmes ist eine notwendige Maßnahme in diesem Sinne. Angesichts der Ausnahmetatbestände des § 5 KCanG spielt der Jugendschutz eine übergeordnete Rolle bei der Legalisierung von Cannabis. Im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes sind Konsumanreize für Kinder und Jugendliche weitestgehend zu vermeiden, so dass es nach dem Konsumcannabisgesetz Erwachsenen verboten ist, in unmittelbarer Gegenwart von Kindern und Jugendlichen Cannabis zu konsumieren.

Zudem sind nach Angaben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) Jugendliche durch den Konsum von Cannabis deutlich gefährdeter als Erwachsene. Das junge Gehirn befindet sich in einer wichtigen Umbau-Phase. Ein ständiges „Fluten“ mit THC stört die Reifeprozesse. Je höher der THC-Gehalt, desto gefährlicher. Wenn Jugendliche regelmäßig Cannabis konsumieren, riskieren sie, dass sich ihre geistige Leistungsfähigkeit verringert. In Bezug auf den Jugendschutz besteht somit eine konkrete Gefahr für die Gesundheit minderjähriger Personen.

Durch das Verbot öffentlichen Konsums von Cannabis während der Kirmes wird sichergestellt, dass Minderjährige und Jugendliche nicht in Kontakt mit Cannabis kommen bzw. den Konsum von Cannabis nicht mitbekommen. Das Verbot ist geeignet, die oben aufgezeigte Gefahr der Desensibilisierung von Minderjährigen in einem stark besuchten Bereich abzuwehren. Das Verbot ist zudem erforderlich, da kein milderes Mittel erkennbar ist. Mit anderen milderen Mitteln als durch das verfügte Konsumverbot, ist den zu erwartenden Beeinträchtigungen des Jugendschutzes nicht beizukommen. Ein Zugangsverbot für Minderjährige wäre ein wesentlich erheblicherer Eingriff in die Rechte der Besucher und würde im Hinblick auf den Veranstaltungscharakter die Zielgruppe der Veranstaltung maßgeblich einschränken.

Aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) folgt die Pflicht des Staates, sich schützend vor Rechtsgüter wie Leben und körperliche Unversehrtheit zu stellen und diese gegebenenfalls auch vor Eingriffen von Seiten Dritter zu bewahren. Die Gesundheit sowie die Handlungsfreiheit einer Vielzahl an Besuchern genießen einen höheren Stellenwert, als das Bedürfnis nach Cannabis einzelner Personen.

Zu II.:

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist zum Schutze der Allgemeinheit notwendig, da nur so sichergestellt werden kann, dass die getroffene Anordnung unmittelbar vollziehbar ist. Die Gefahren, welche von missbräuchlichem Konsum von Cannabis ausgehen, können für ein so bedeutendes Individual-Schutzgut wie Gesundheit insbesondere unbeteiligter Personen so schwerwiegend sein, dass nicht erst der Abschluss eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abgewartet werden kann. Ein Zuwarten bis zur Unanfechtbarkeit dieser Allgemeinverfügung, ist aus sicherheitsrechtlichen Gründen daher nicht vertretbar. Das Interesse der Allgemeinheit an der sofortigen Vollziehung der Anordnung und damit der Verhinderung von Gefahren, insbesondere für den Jugendschutz, überwiegt damit dem individuellen Aufschubinteresse der hiervon Betroffenen.

Zu III.:

Gemäß §§ 55 ff. VwVG NRW kann eine Verfügung mit Zwangsmitteln (Zwangsgeld, Ersatzvornahme, unmittelbarer Zwang) durchgesetzt werden. Im Rahmen pflichtgemäßer Ermessensausübung wird, zur Sicherstellung der Durchsetzung der Anordnung unter Ziff. 1 dieser Verfügung, ein Zwangsgeld angedroht. Von den zur Verfügung stehenden Zwangsmitteln stellt das Zwangsgeld die am wenigsten belastende Maßnahme dar, um die Verfügung nach ihrem Inhalt her wirksam durchsetzen zu können. Weniger beeinträchtigende Maßnahmen sind nicht ersichtlich. Hinsichtlich der Höhe der angedrohten Zwangsgelder sind 100,00 Euro im Hinblick auf die Bedeutung der angedrohten Maßnahmen und unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes angemessen und erforderlich. Die Zwangsgeldandrohung soll gemäß § 63 VwVG NRW mit dem Verwaltungsakt verbunden werden, wenn ein Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung hat.

Zu IV.:

Diese Verfügung gilt gemäß § 41 Absatz 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz Nordrhein-Westfalen (VwVfG NW) in der zurzeit geltenden Fassung mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht in 48147 Münster, Piusallee 38, schriftlich oder zu Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Sie kann auch in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungs- und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen- ERVVO VG/FG- vom 07.11.2012 (GV.NRW S. 548) eingereicht werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten Signatur nach § 2 Nr. 3 des Signaturgesetzes versehen sein und an die elektronische Poststelle übermittelt werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigefügt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können. Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Steinfurt, den 30.07.2024

In Vertretung

gez. Schell
Erster Beigeordneter



Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 16a "Mauritiusstraße-West" - 1. Änderung und Ergänzung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

1. Änderung und Ergänzung gemäß § 13a i.V.m. § 13 (2) Baugesetzbuch (BauGB)

2. Änderung des Geltungsbereiches

3. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 BauGB in der Zeit vom 09.08.2024 bis 10.09.2024

1. Änderung und Ergänzung gemäß § 13a i.V.m. § 13 (2) BauGB

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 09.06.2022 folgenden Beschluss gefasst:

„Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 16a „Mauritiusstraße-West“ soll im nördlichen Teil seines Geltungsbereiches geändert und durch eine zusätzliche Fläche ergänzt werden:

„Die bisher festgesetzten und durch Baugrenzen definierten, überbaubaren Grundstücks- und Verkehrsflächen auf der „Fläche für den Gemeinbedarf / gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“, im „Sonstigen Sondergebiet / Hotel / Gastronomie“ gem. § 11 BauNVO und im „Sonstigen Sondergebiet / Ärztehaus / Klinikbereich“ gem. § 11 BauNVO werden entsprechend der Erweiterungsplanungen des UKM Marienhospitals angepasst und neu festgesetzt.“

Der Geltungsbereich der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 16a wird wie folgt umgrenzt:

Norden:

Durch eine parallele gedachte Linie, die 10,00 m nördlich der südlichen Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23) verläuft und deren westlicher Endpunkt in der westlichen Grenze des genannten Flurstückes liegt. In östlicher Verlängerung ist diese Linie, gemessen ab der östlichen Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23), 50,00 m lang.

Osten:

durch eine 110,00 m lange gedachte Linie, die parallel im Abstand von 50,00 m in östlicher Richtung zur östlichen Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23) in südliche Richtung verläuft;

Süden:

durch eine gedachte Linie, die im Abstand von 100,00 m in südlicher Richtung parallel zur südlichen Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23) verläuft; bis auf die westliche Grenze des Flurstückes 287 (Flur 22).

Westen:

durch die westliche Grenze des Flurstückes 287 (Flur 22), das Flurstück 323 (Flur 22) durchschneidend, bis auf den südwestlichen Grenzpunkt des Flurstückes 174 (Flur 23); durch einen Abschnitt der westlichen Grenze des zuletzt genannten Flurstückes, bis auf den unter „Norden“ genannten Schnittpunkt mit der gedachten Parallelen zur südlichen Grenze des Flurstückes.

Alle genannten Flurstücke liegen in der Gemarkung Borghorst.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 16a ist im beigefügten Flurkartenausschnitt eindeutig dargestellt.

Der Änderungs- und Ergänzungsbeschluss ist zu fassen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und die Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB sind durchzuführen.“

2. Änderung des Geltungsbereiches

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 09.02.2023 folgenden Beschluss gefasst:

„Der in der Sitzung des Rates der Kreisstadt Steinfurt am 09.06.2022 beschlossene Geltungsbereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 16a „Mauritiusstraße-West“, - 1. Änderung und Ergänzung, wird im nordöstlichen Bereich geändert:

Der geänderte Geltungsbereich der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 16a wird wie folgt umgrenzt:

Norden:

Durch eine parallele gedachte Linie, die 10,00 m nördlich der südlichen Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23) verläuft, deren westlicher Endpunkt in der westlichen Grenze des genannten Flurstückes und deren östlicher Endpunkt in der östlichen Grenze des genannten Flurstückes liegt. In südlicher Richtung abknickend, durch die östliche Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23), bis auf deren südlichen Grenzpunkt. Nach Osten abknickend, durch die südlichen Grenzen der Flurstücke 172, 155 und 157 tlw. (Flur 23), bis zu einem Punkt, der gebildet wird durch den Schnittpunkt einer parallelen Linie im Abstand von 55,00 m in östlicher Richtung zur östlichen Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23) mit der südöstlichen Grenze des Flurstückes 157 (Flur 23);

Osten:

durch eine ca. 116,0 m lange gedachte Linie, die parallel im Abstand von 55,00 m in östlicher Richtung zur östlichen Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23) in südliche Richtung verläuft, bis zum Schnittpunkt mit einer gedachten parallelen Linie im Abstand von 100,00 m in südlicher Richtung parallel zur südlichen Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23);

Süden:

vom zuvor beschriebenen Schnittpunkt durch eine gedachte Linie, die im Abstand von 100,00 m in südlicher Richtung parallel zur südlichen Grenze des Flurstückes 174 (Flur 23) verläuft; bis auf die westliche Grenze des Flurstückes 287 (Flur 22).

Westen:

vom zuvor beschriebenen Punkt durch die westliche Grenze des Flurstückes 287 (Flur 22), das Flurstück 323 (Flur 22) durchschneidend, bis auf den südwestlichen Grenzpunkt des Flurstückes 174 (Flur 23); durch einen Abschnitt der westlichen Grenze des zuletzt genannten Flurstückes, bis auf den unter „Norden“ genannten Schnittpunkt mit der gedachten parallelen Linie im Abstand von 10,00 m in nördlicher Richtung zur südlichen Grenze des zuletzt genannten Flurstückes.

Alle genannten Flurstücke liegen in der Gemarkung Borghorst.

Der geänderte Geltungsbereich der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 16a ist im beigefügten Flurkartenausschnitt eindeutig dargestellt.

Die Änderung des Geltungsbereiches wird beschlossen; die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit und der betroffenen Behörden gem. § 13a (2) Nr. 1 i. V. m. § 13 BauGB sind durchzuführen.“

3. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 BauGB

Gemäß § 13a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 BauGB sind der Entwurf des Bauleitplanes mit der Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen

in der Zeit vom 09.08.2024 bis zum 10.09.2024

im Internet auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse

www.steinfurt.de/Aktuelle-Bauleitplanverfahren.htm

veröffentlicht.

Die Bauleitplanung wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Im beschleunigten Verfahren wird von einer Umweltprüfung gemäß § 2 (4) BauGB und von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB abgesehen.

Folgende Arten umweltbezogener Informationen sind verfügbar und können ebenfalls eingesehen werden:

- Artenschutzrechtliche Begehung zum geplanten Gebäudeabriss des Ingenieurbüros Schlüter, Münster, vom September 2022 mit Aussagen zu den Auswirkungen des Vorhabens auf **planungsrelevanten Tierarten** (Säugetiere und Vögel)
- Artenschutzrechtlicher Beitrag des Büros grünplan, Büro für Landschaftsplanung, Dortmund, vom 06.06.2024 mit Aussagen zu den Auswirkungen des Vorhabens auf **planungsrelevanten Tierarten** (Säugetiere und Vögel)
- Schalltechnische Untersuchung des Büros Wenker & Gasing, Gronau, vom 05.04.2023 mit Aussagen zu den Verkehrs- und Gewerbelärmemissionen
- Orientierende Gefährdungsabschätzung zu Untersuchungen im Bereich von unterirdischen Tanks des Erdbaulabors Dr. Fritz Krause vom 11.10.2022
- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt.

Es wird darauf hingewiesen,

1. dass Stellungnahmen während der Dauer der Veröffentlichungsfrist abgegeben werden können,
2. dass Stellungnahmen elektronisch z.B. per E-Mail an stadtplanung@stadt-steinfurt.de übermittelt werden sollen, bei Bedarf aber auch auf anderem Weg z.B. schriftlich oder mündlich zu Protokoll bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung, Zimmer 238 bis 240 abgegeben werden können,
3. dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan gemäß § 4a (5) i.V.m. § 3 (2) BauGB unberücksichtigt bleiben können und

4. dass zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet die Unterlagen während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche durch eine öffentliche Auslegung zur Verfügung gestellt werden. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Übereinstimmungsbestätigung:

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 09.06.2022 und 09.02.2023 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

Bekanntmachungsanordnung:

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 15 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 02.01.2024 (Abl. 01/2024, S. 2 - 12), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen, öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 31.07.2024

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin



